



■ **NACHRICHTEN** ■ **FACHINFORMATION** ■ **BILD & GRAFIK** ■ **ARCHIV** ■ **SHOP**

NEWSLETTER DRUCKVERSION VERSENDEN DIREKT BESTELLEN

- ■ HOME
- ■ SUCHE
- ■ ADRESSEN
- ■ PRODUKTE
- ■ LINKS
- ■ SITEMAP

epd-FACHDIENSTE

- ■ DOKUMENTATION
- ■ FILM
- ■ MEDIEN
- ■ SOZIAL

epd-LANDESDIENSTE

- ■ BAYERN
- ■ HESSEN
- ■ NIEDERSACHSEN-BREMEN
- ■ NORD
- ■ OST
- ■ RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND
- ■ SÜDWEST
- ■ WEST

epd-BILDERDIENST

- ■ BILDDATENBANK
- ■ GRAFIKDATENBANK

Über den epd

- Die Nachrichten-Agentur
- Anzeigen
- Freie Stellen
- Kontakt
- Impressum

Der epd Newsticker für Ihre Homepage...

EKD-Perspektivpapier: Beifall und Widerspruch

Frankfurt a.M. (epd). Die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vorgelegten Reformvorschläge für alle kirchlichen Ebenen haben neben positiven Reaktionen auch Kritik ausgelöst. Der evangelische Bischof Axel Noack (Magdeburg) begrüßte am Donnerstag das Impulspapier. Hingegen kritisierte der pfälzische Kirchenpräsident Eberhard Cherdron (Speyer) die EKD-Empfehlungen. Besonders die Vorschläge zur Fusion vieler Landeskirchen und damit zum Umbau der kirchlichen Landschaft stoßen auf Widerspruch. Bei Politikern gab es Beifall für das neue Perspektivpapier.

Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, unterstrich die Bedeutung des EKD-Vorstoßes. Wenn die Kirche untätig bliebe, würde sie dramatisch an Handlungsfähigkeit verlieren, sagte Huber am Donnerstag im Bayerischen Rundfunk: "Jetzt haben wir aber noch die Chance, gegenzusteuern, Handlungsspielraum zu gewinnen und dabei gleichzeitig den Rückenwind auszunutzen, der sich ja daraus ergibt, dass es ein neues Interesse an Kirche, an Glauben, an Religion gibt."

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel, sagte, der EKD-Ratsvorsitzende Huber verdiene volle Unterstützung für das Papier. In der Zukunftsdebatte liege eine große Chance für die EKD. Die kirchenpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Ingrid Fischbach, erklärte: "Mein Interesse ist, dass uns die Kirchen als Partner erhalten bleiben." Ihr sozialpolitisches und kulturelles Wirken trage zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Die EKD hatte angesichts des demographischen Wandels und schwindender Finanzkraft umfassende Reformen angeregt. Unter anderem wird in dem Text "Kirche der Freiheit" vorgeschlagen, die Zahl der Landeskirchen von 23 auf acht bis zwölf zu verringern. Eine Fusion der evangelischen Landeskirchen in Baden-Württemberg ist aus deren Sicht weiterhin nicht vorstellbar. Eine Kirche mit dann mehr als 3,5 Millionen Mitgliedern würde nur die Nähe zur Basis verlieren, teilte die badische Landeskirche auf epd-Anfrage mit. Der württembergische Landesbischof Frank Otfried July sagte, eine Fusion beider Kirchen stehe nicht auf dem Programm.

Kirchenpräsident Cherdron sprach sich ebenfalls gegen eine Fusion seiner Kirche mit anderen Landeskirchen aus. Fusionen und Zentralisierung führten in der Kirche nicht unbedingt zu besserer Arbeit, sagte er in Speyer. Obwohl die pfälzische Landeskirche mit 620.000 Mitgliedern zu den kleineren innerhalb der EKD zähle, habe sie eine gute Größenordnung. In dem Zeitraum bis 2030 sei die pfälzische Landeskirche auf jeden Fall auch alleine wirtschaftlich und inhaltlich lebensfähig, sagte der Kirchenpräsident.

Der schauburg-lippische Bischof Jürgen Johannesdotter sieht das EKD-Papier mit Skepsis. "Das ist ein typisches Papier von Vertretern großer Kirchen für große Kirchen", sagte er im niedersächsischen Bückeburg. Die Bedeutung der Konfession werde unter Wert gehandelt. Die lutherische, reformierte oder unierte Prägung dürfe nicht übergangen werden. Schaumburg-Lippe ist mit rund 63.000 Mitgliedern die zweitkleinste Kirche in der EKD. Johannesdotter lehnte eine Fusion seiner Landeskirche mit anderen ab.

Gegen zu schnelle Forderungen nach neuen landeskirchlichen Zusammenschlüssen wandte sich auch der reformierte Kirchenpräsident Jann Schmidt (Leer). Über konfessionelle Traditionen und Bindungen dürfe nicht leichtfertig hinweggegangen werden: "Evangelisch ist eben nicht gleich evangelisch." Unterstützt wurden die Vorschläge zur Verringerung der Zahl der Landeskirchen in der Nordelbischen Kirche. Dafür dürfe man sich nicht zu viel Zeit lassen, bekräftigte der nordelbische Synodenpräsident, Hans-Peter Strenge.

Der Dresdner Landesbischof Jochen Bohl erklärte, er sehe durch die Reformpläne den Fortbestand seiner Landeskirche nicht in Frage gestellt. "Es wird nach

aktueller Entwicklung eine Kirche in Mitteldeutschland geben, gebildet aus der Landeskirche Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsen", sagte er der "Leipziger Volkszeitung" (Freitagausgabe). "Daneben wird es aber auch weiter eine Landeskirche Sachsen mit Sitz in Dresden geben."

Die Bremische Evangelische Kirche rief dazu auf, ohne Scheuklappen den Sinn der jetzigen landeskirchlichen Grenzen zu diskutieren. "Ohne Zweifel wird es in 25 Jahren nicht mehr 23 Landeskirchen geben", sagte der theologische Repräsentant Louis-Ferdinand von Zobeltitz dem epd. Bremen gehört mit rund 242.000 Mitgliedern zu den kleineren der 23 Landeskirchen in der EKD. Noack, Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, warnte in der "Leipziger Volkszeitung" vor einem Rückzug der Kirchen aus der Fläche. (08038/6.7.2006)

© epd Hinweis zum Urheberrecht

.....▲TOP

Evangelischer Pressedienst, Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt am Main
info@epd.de